Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1.80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle, nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise laut anliegendem Tarif Nr. 4. — Nachweisungs-Gebühr: 20 Rpfg. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. — Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 206

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 200 — 94. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 28. August 1935

Bevölkerungspolitische Bilanz.

Ein Beitrag zu den Beratungen des Internationalen Kongresses für Bevölkerungspolitik.

In Berlin ist der Internationale Kongreß für Bevölkerungspolitik zusammengetreten, der die auf diesem Gebiet führenden Wissenschaftler aus allen Staaten der Welt vereint. Es werden Berichte über die Lebensbilanz, den Altersaufbau, die Geburtenhäufigkeit und die Sterblichkeit in den einzelnen Ländern erstattet und die Fragen der Erbbiologie und und Rassenhygiene erörtert. — Der Kongreß soll uns ein Anlaß sein, in Deutschland einmal Bilanz in der Bevölkerungspolitik zu ziehen. Dazu dienen die folgenden Ausführungen.

Mit Befriedigung betrachten wir Deutsche das Ergebnis des Geburtenjahres 1934. Die Lebendgeburtenzahl ist von 956 974 im Jahre 1933, dem bisher überhaupt schlechtesten Geburtenjahre, auf 1 181 179 im Jahre 1934 gestiegen. Der Geburtenüberschuß wuchs von 227 473 im Jahre 1933 auf das Doppelte, und mit Recht sehen alle Berichterstatter die Ursache für diesen erfreulichen Umschwung in der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus, die dem Geburtenschwund ein verdientes Ende bereitet habe.

Indessen, so groß und begrüßungswert der erzielte Erfolg ist, die genauere Betrachtung wird zeigen, daß es noch vieler und ausdauernder, zielbewußter Arbeit bedarf, bis Deutschland ein wirklich wachsendes, nicht nur ein eben noch nicht zurückgehendes Volk sein wird. Die Totgeburten sind 1934 gegen 1933 der Zahl nach zwar um rund 3700 gestiegen, verhältnismäßig sind sie 1934 aber auf 2,62 v. H. der abgelaufenen Schwangerschaften gegen 2,85 v. H. im Jahre 1933 zurückgegangen. Die Säuglingssterblichkeit war 1934 um fast 4100 Fälle größer als 1933. Verhältnismäßig betrug sie aber nur 6,38 v. H., während es 1933 noch 7,44 v. H. waren. Auf je 100 Lebendgeburten umgerechnet, sind das 7,6 im Jahre 1933 gegen nur 6,6 im Jahre 1934. Dieser niedrige Satz dürfte der überhaupt erreichbaren unteren Grenze der durchschnittlichen Säuglingssterblichkeit schon erfreulich nahekommen. Von den Nichtsäuglingen starben 1934 rund 16 700 Personen weniger als im Jahre vorher.

Das will besagen, daß fast genau 3,75 v. H. des Zuganges an Geburtenüberschuß für 1934 gegen 1933 auf Minderabgang durch geringere Sterblichkeit zurückzuführen ist. Umgekehrt ausgedrückt, ist also der erhöhte Geburtenüberschuß zu 96,25 v. H. durch die Erhöhung der Geburtenzahl bedingt. Das ist ein zweifelloser Aufstieg. Und weil 1933 das Jahr des überhaupt geringsten Geburtenüberschusses war, so bedeutet dieser Aufstieg eine hoffentlich dauernde Umkehr und damit das Ende des bisherigen haltlosen Abgleitens.

So scharf und schroff auch die durch die Machtübernahme des Nationalsozialismus herbeigeführte Wendung auf allen Gebieten sein mochte und sein konnte, in der Bevölkerungspolitik ging und mußte sie gehen über die deutsche Frau und ihre Einstellung zur Mutterschaft. Im Jahre 1934 verläuft die Geburtenlinie nur ansteigend, auch in den Großstädten allein. Am stärksten ist die Steigung vom ersten zum zweiten Kalendervierteljahr. Dazu wirkte vermutlich zweierlei zusammen. Einmal setzte sich die neue Regierung sofort für eine tatkräftige Förderung der Eheschließungen ein mit dem Erfolg, daß schon im zweiten Kalendervierteljahr 1933 die Eheschließungszahlen über die bishin beobachteten Jahreszeitwerte stiegen. Des weiteren machte sich der Umschwung und die Rückkehr zu gesundem völkischen Denken darin bemerkbar, daß diese jungen Eheleute auch den Willen zum Kinde hatten. Das Ansteigen der Eheschließungsziffern in der zweiten Hälfte des Jahres 1933 und das Höherliegen des jahreszeitlichen Eheschließungstiefpunktes 1934 spiegeln sich mit fast fahrplanmäßiger Pünktlichkeit in den Geburtenzahlen für die entsprechenden späteren Vierteljahre 1934 wider.

Es darf jedoch über diesen Erfolg nicht vergessen werden, daß Deutschland damit noch keineswegs über seine Nachwuchsschwierigkeiten hinaus ist. Der Erfolg von 1934 beruht im wesentlichen auf Erstkindern. Deutschland aber braucht Zweit-, Dritt- und Viertkinder. Die Erstkinder allein, das Einkindersystem, sichern den notwendigen Volksbestand noch nicht. Diese Sicherung beginnt erst mit den vierten Kindern. Denn der Geburtenrückgang der letzten Jahrzehnte hat die Zahl der gebärfähigen Frauen höchst bedrohlich abnehmen lassen. Dementsprechend trostlos sieht darum auch die Fruchtbarkeitsstatistik aus. Die Zahl der gebärfähigen Frauen, der Frauen von 15 bis unter 45 Jahren, ist seit 1930 in beständigem Abnehmen begriffen. Der Nachwuchs fehlt eben. Mit diesem Rückgang geht außerdem ein Rückgang der Geburtsleistungen einher. Es muß nunmehr, wenn 1934 mehr als ein Augenblickserfolg sein soll, eine ernsthafte und lebhafte Werbung für die Umstimmung der verheirateten Frauen und ihre dauernde Bekehrung zum Mehrkindersystem durchgeführt werden.

Nur erbgesunde Völker werden leben!

Reichsminister Dr. Frick eröffnete den Internationalen Kongreß für Bevölkerungswissenschaft.

In der mit den Fahnen von 32 Nationen geschmückten Aula der Berliner Universität wurde der Internationale Kongreß für Bevölkerungswissenschaft feierlich eröffnet. Die Internationale Vereinigung für Bevölkerungswissenschaft wurde 1928 in Paris gegründet; sie hielt ihren zweiten Kongreß 1931 in London ab und tritt jetzt in Berlin zu ihrer dritten Tagung zusammen. Zweck der Vereinigung ist die gegenseitige Unterstützung in der wissenschaftlichen Untersuchung der bevölkerungspolitischen Probleme. Die vielen hundert aus dem Ausland gekommenen Wissenschaftler werden gerade im nationalsozialistischen Deutschland außerordentlich wertvolle Studien machen und zahlreiche Anregungen mitnehmen können, zumal ihnen jede Gelegenheit geboten wird, die Maßnahmen der Reichsregierung auf dem Gebiet der Erb- und Rassenpflege und ihre Auswirkungen kennenzulernen.

Reichsminister Dr. Frick, der Schirmherr dieses Kongresses, eröffnete die Beratungen mit einer Begrüßungsansprache. Nach Begrüßungsworten an die Kongreßteilnehmer, und nach einem Hinweis auf die besondere Bedeutung dieser Tagung, gab der Minister einen Überblick über die Bevölkerungspolitik in Deutschland. Er führte dabei u. a. folgendes aus:

Der Bevölkerungswissenschaft ist es zu danken, daß wir heute über die Bewegung der Bevölkerung in fast allen Staaten der Welt ziemlich genau unterrichtet sind. Leider ist das Bild, das sich gerade für die Kulturnationen hier zeigt, wenig erfreulich. Zwar sind die Sterblichkeitsziffern dank den Fortschritten der medizinischen Wissenschaft stark gesunken, aber dafür haben sich wieder die wichtigeren Geburtenziffern so vermindert, daß viele Staaten sich ernsthaft fragen müssen, ob sie ihren Bevölkerungsbestand überhaupt noch halten können. Den

Bestrebungen, den Geburtenrückgang zum Stillstand zu bringen,

werden vielfach noch wirtschaftliche Erwägungen entgegengehalten. Es ist selbstverständlich nicht zu verkennen, daß bei gleicher Entlohnung der Lebensstandard des Kinderreichen in allen Schichten der Bevölkerung gegenüber dem der Junggesellen, Kinderlosen und Kinderarmen zurückgeblieben ist. Hier ist es Aufgabe des Staates, einen Ausgleich herbeizuführen. Man glaubte bisher durch Industrialisierung, durch Überschätzung der Wirtschaft und der äußeren Macht ein Volk sichern zu können. Welchen Sinn konnte eine Außenpolitik, eine Finanz- oder Wirtschaftspolitik haben, wenn das Volk rassisch darüber zerbrach?

Das nationalsozialistische Deutschland hat gerade auf dem bevölkerungspolitischen Gebiet die größte Aktivität entwickelt, allen Widerständen zum Trotz die Führung übernommen und bereits unverkennbare Erfolge erzielt.

Die gegenwärtige Zusammensetzung und Entwicklung unseres Volkes muß Besorgnis erregen.

Das langsam vor sich gehende Absterben des Volkes wird zunächst noch durch das Absinken der Sterbeziffer verschleiert. Dabei befinden wir uns in absehbarer Zeit an einem Wendepunkt der Statistik. In Kürze muß die Sterbeziffer vieler zivilisierter Völker, auch des unsrigen, steil emporschnellen, um dann die Geburtenziffer einzuholen und wesentlich zu übersteigen. Bleibt die Entwicklung so, wie sie in den letzten Jahrzehnten sich uns darstellt, d. h. geht die Geburtenhäufigkeit noch weiter zurück, so muß die Volkszahl in allen Völkern mit niedriger Geburtenziffer erst langsam, dann immer schneller absinken.

So erfreulich der Geburtenanstieg in Deutschland vom Jahre 1934 auch ist und so sehr wir daraus auch schließen dürfen, daß unsere Maßnahmen Erfolg gehabt haben, so wissen wir doch, daß

die Zunahme der Geburten im Jahre 1934 um 224 000, also um 23,4 v. H., auf besonders günstige Umstände zurückzuführen und trotzdem zur Erhaltung des Volksbestandes nicht ausreichend

war. Die Abnahme der Geburten ist aber um so bedenklicher, wenn die geborenen Kinder im Durchschnitt gesehen nicht immer eine erbliche und rassische Auslese darstellen, sondern zunehmend körperliche oder seelische Mängel aufweisen.

Eingehend legte dann der Minister die umfassenden Maßnahmen dar, die im besonderen auf die Ermöglichung der Gründung einer zahlreichen und gesunden Familie hinzielen.

Die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, so fuhr der Minister dann fort, ist ein Nahziel, das zum großen Teil schon erreicht ist. Doch eine endgültige Behebung dieser Not ist nur durch bevölkerungspolitische Maßnahmen möglich! Es gibt keine wirkliche Dauerlösung der Arbeitslosenfrage ohne eine Lösung der bevölkerungspolitischen Probleme, und

es gibt keine Lösung der Frauenfrage ohne eine Zurückführung der Frau in die Familie als Hausfrau und Mutter;

denn wir wissen, daß die Zukunft Deutschlands nicht von der Wirtschaft allein abhängt, sondern nur bevölkerungspolitisch entscheidend zu beeinflussen sein wird! Es wäre falsch, wenn der Staat die Förderung der Eheschließung und des Nachwuchses gleichmäßig allen Volksgenossen zuteil werden ließe. Sein Interesse erstreckt sich vielmehr nur auf diejenigen, von denen er erwarten darf, daß ihre Kinder nützliche Glieder der Volksgemeinschaft werden.

Im Ausland sieht man noch vielfach

das Sterilisierungsgesetz

als die einzige Waffe der nationalsozialistischen Regierung im Kampfe gegen die Erbkrankheiten an. Das ist nicht richtig. Vielmehr betrachtet die nationalsozialistische Regierung das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses nur als eine Art Notmaßnahme, die zunächst einmal die akute Gefahr bannen soll. Die Grundlage der Erb- und Rassenpflege im deutschen Volke wird vielmehr in einer sorgfältigen Eheberatung gesucht werden müssen. Die Vorarbeiten auf diesem Gebiete sind so weit gediehen, daß von den neuerstandenen staatlichen Gesundheitsämtern die freiwillige Eheberatung bereits ausgeübt und eine gesetzliche Regelung dieser Frage folgen wird.

Die Eheberatung

ermöglicht es aber nicht nur, die Erbkrankheiten zu bekämpfen, sondern sie setzt uns auch in die Lage, den hochwertigen Erbgesunden in mancher Hinsicht zu bevorzugen.

Es ist uns der Vorwurf gemacht worden, wir treiben einen besonderen Rassekult und verletzen durch unsere eugenischen Maßnahmen die Gebote christlicher Nächstenliebe. Wenn es jedoch nicht vermessen war, in die ursprüngliche Weltordnung derart einzugreifen, daß durch die Fortschritte der Wissenschaft vielen Kranken ein langes Leben ermöglicht wird, das unter den ursprünglichen Verhältnissen ihnen nicht zufallen würde, kann es auch kein Unrecht sein, zu verhindern, daß aus dieser den Kranken vermittelten Wohltat eine Plage für die Gesunden werde. Das deutsche Volk will nichts anderes, als seinen Bestand im Rahmen der anderen Völker behaupten und seinen Teil zur Weiterentwicklung menschlicher Kultur und Gesittung leisten.

Diese Werbung darf sich indessen nicht allein auf die Gewinnung der Frauen selbst erstrecken. Sie wird beinahe noch mehr diejenigen in Betracht ziehen müssen, die aus Unverstand, aus Gedankenlosigkeit und aus Mangel an Feingefühl alle noch so gut gemeinten und eindringlichen Belehrungen zunichte machen, wenn sie etwa achselzuckend und mißbilligend sich äußern: „Wie kann der X. bei seiner Wirtschaftslage noch Kinder in die Welt setzen! Die kann er ja gar nicht durchbringen!" Solche Bemerkungen klingen zwar sehr vernünftig und wohlerwogen, sind aber tatsächlich völlig unüberlegt und geradezu staatsfeindlich. Dieser Vater X. weiß vermutlich ganz allein, welche wirtschaftlichen und sonstigen Schwierigkeiten ihm und seine Ehegefährtin aus ihrer Elternschaft erwachsen. Das sogenannte „Urteil der Welt" ist im Leben des einzelnen und namentlich im Leben der Frau oft von übermäßig großem Einfluß, und Miesmachern wird dabei viel leichter und viel nachhaltiger geglaubt als aufrichtigen und ehrlichen Kritikern. Es muß also auch in der Werbung für bessere Nachwuchsverhältnisse Deutschlands der Kampf gegen vorlaute und unverantwortliche Miesmacher einsetzen. Dann wird auch die Werbung bei den Frauen, die ihre Scheu vor dem Kinde nicht los werden können, zu durchschlagendem Erfolg führen.

Der Verband deutscher evangelischer Beamtenvereine löst sich selbst auf.

Berlin, 28. August. Der „Völkische Beobachter" meldet: Der Reichsobmann des Verbandes deutscher evangelischer Beamtenvereine lic. von der Heydt hat dem Reichsinnenminister die Selbstauflösung des Verbandes und der angeschlossenen Vereine gemeldet. Der Begründung, die Reichsobmann von der Heydt diesem Entschluß gegeben hat, entnehmen wir folgende Sätze:

„Mit dem Tage der Machtergreifung war unsere politische Aufgabe beendet. Es blieb uns die Hauptaufgabe, den evangelischen Glauben unter unseren Mitgliedern zu pflegen und dadurch an dem sittlichen Wiederaufbau unseres Standes mitzuwirken. Für diese rein religiöse Aufgabe, die eine Funktion der Kirche an den evangelischen Beamten darstellt,

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF